

Entschließungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung **– Jahreswirtschaftsbericht 1991 der Bundesregierung –** **– Drucksache 12/223 –**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt den Jahreswirtschaftsbericht als eine realistische Darstellung der erzielten Erfolge bei der Sicherung eines lang anhaltenden, stetigen Aufschwungs in den alten Ländern der Bundesrepublik Deutschland, aber auch der Probleme und großen Aufgaben, die sich zukünftig für die Wirtschaftspolitik stellen.
2. Der Deutsche Bundestag ist sich mit der Bundesregierung darin einig, daß eine Fortsetzung des Aufschwungs im Westen der Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Voraussetzung dafür ist, daß es auch in den neuen Bundesländern zu einer Wende zum Besseren und zu einem Aufholprozeß kommt. Er sieht nach der Erreichung der Einheit und der politischen Freiheit in der ehemaligen DDR die wichtigste Aufgabe darin, auch die wirtschaftliche Einigung zu verwirklichen und gleiche Lebensverhältnisse in ganz Deutschland herbeizuführen.
3. Der Deutsche Bundestag unterstreicht die Feststellung des Sachverständigenrates in seinem jüngsten Sondergutachten zur Wirtschaftspolitik für die neuen Bundesländer, daß die Wirtschaft in den neuen Ländern in einen steilen Wachstumspfad einschwenken kann, wenn die Wirtschaftspolitik unbeirrt einen klaren marktwirtschaftlichen Kurs hält. Er hält es aber gleichzeitig für wichtig, daß die Bundesregierung alles in ihrer Macht stehende tut, um die Zeit bis zur Durchsetzung der Wachstumskräfte durch Maßnahmen zur Überbrückung sozialverträglich zu gestalten.

Gegenüber den ständig wiederholten Forderungen nach immer neuen zusätzlichen, lenkenden Eingriffen bei der tiefgreifenden, aber notwendigen Strukturanpassung in den neuen Bundesländern betont der Deutsche Bundestag seine Auffassung, daß jetzt entscheidende Weichen dafür gestellt sind, um in

absehbarer Zeit aus dem zusammengebrochenen sozialistischen Wirtschaftssystem eine funktionierende marktwirtschaftliche Ordnung zu entwickeln, die bald auch zu ersten Zeichen einer allgemeinen Besserung der Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern führen wird.

4. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung bei allen Maßnahmen, die die Voraussetzungen dafür verbessern. Er begrüßt die inzwischen gefaßten Beschlüsse der Bundesregierung insbesondere zugunsten der dringend erforderlichen öffentlichen und privaten Investitionen sowie für den Wohnungsbau in den neuen Bundesländern. Durch das „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost“ wurden allein Mittel zur Förderung von öffentlichen und privaten Investitionen und zur Sicherung der Beschäftigung mit einem Volumen von insgesamt 24 Mrd. DM für 1991 und 1992 bereitgestellt. Der Deutsche Bundestag sieht ferner in den schon ergriffenen und geplanten Maßnahmen für einen Abbau der noch bestehenden Investitionshemmnisse wichtige Schritte für eine baldige Belebung der Investitionstätigkeit. Er begrüßt insbesondere die Maßnahmen der Bundesregierung zur Erleichterung der Übertragung von Eigentum von Grund und Boden. Er spricht sich für eine Beschleunigung der Planungs- und Vergabeverfahren bei öffentlichen Investitionen aus.
5. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß der Treuhandanstalt eine Schlüsselfunktion beim wirtschaftlichen Aufbau der neuen Bundesländer zukommt. Aufgabe der Treuhandanstalt muß weiterhin vorrangig die Privatisierung sein. Privatisierung ist der Weg zur Sanierung. Sanierungshilfen der Treuhandanstalt sind aber dort erforderlich, wo es darum geht, privatisierungsfähige Unternehmen in ihrem Bestand zu sichern.
6. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung in ihrer Absicht, der ökologischen Orientierung in der sozialen Marktwirtschaft größere Geltung zu verschaffen. Der marktwirtschaftliche Wettbewerb sollte in stärkerem Maße für einen fortschrittlichen Umweltschutz eingesetzt werden. Eine solche Ausrichtung zu einer ökologischen Erneuerung wird insbesondere auch dazu beitragen, die katastrophale ökologische Erbschaft im Gebiet der ehemaligen DDR zu überwinden.
7. Der Deutsche Bundestag sieht es weiter als eine wichtige Aufgabe an, die Voraussetzungen für ein positives Investitionsklima und für eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Bundesrepublik Deutschland allgemein weiter zu verbessern, nicht zuletzt durch die angekündigte Unternehmenssteuerreform.
8. Er weist auf die große Verantwortung hin, die der Bundesrepublik Deutschland als einem der größten Handelspartner in der Welt für einen erfolgreichen Abschluß der laufenden GATT-Verhandlungen möglichst noch in diesem Jahr zukommt, denn

nur durch eine Stärkung des GATT wird die Beibehaltung eines offenen multilateralen Welthandels- und Wirtschaftssystems gesichert, mit seinen positiven hohen Wirkungen für Wachstum und Wohlstand in der Welt.

Bonn, den 18. April 1991

Dr. Alfred Dregger, Dr. Wolfgang Bötsch und Fraktion

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

